

Walter Keim
Haselbach 11
7071 Alfdorf

Sommerstr. 13
8047 Karlsfeld, 9.12.78

An

MOB

Bundeshaus

53 Bonn

Sehr (

Vielleicht erinnern Sie sich noch, daß ich Ihnen zum Fall Traube einen Brief schrieb.

Vor einem Monat drängte sich mir der Eindruck auf, mich erwies es auch. Mein Betrieb verlagte von mir, einen Antrag zum Bearbeiten von Verschlußsachen beim Wirtschaftsministerium zu stellen. Im Arbeitsvertrag steht davon nichts. Das war während meiner Probezeit im Mai. Mitte November teilte mir Herr Habermann von der MAN mit, daß Informationen vorlägen, daß dieser Antrag scheitert. Die Gründe dafür müsse ich selber wissen. (!). Er schlug mir vor, selber zu kündigen, andernfalls müsse er kündigen. Warum in selben Zimmer wie ich ein Ausländer arbeiten kann, der keinen Antrag stellen darf, konnte er mir nicht erklären. Außerdem stand die Einstellung eines nicht Antragsberechtigten bevor, die dann auch getätigt wurde. Mir wurde nur gesagt, daß der Betroffene vielleicht Deutscher werden würde. Als ich ihn ansprach, wußte er davon allerdings nichts.

Ein Betriebsrat sagte mir am nächsten Tag, das gebe es gar nicht. Dann: Wenn es das gibt, muß es einen Grund haben. Nach Rücksprache mit dem Personalchef, es liege so viel gegen mich vor, ich solle am besten gleich kündigen. Auf meine Frage, was denn? antwortete er, das sei geheim.

Ein Anruf bei der Sicherheitsabteilung meiner Firma ergab folgendes:

1. Die Firma bekommt vom Ministerium nur die Information: Antrag wird genehmigt oder aber nicht genehmigt.
2. Zwischenbescheide gibt es nicht.
3. Bis jetzt liegt kein Ergebnis meines Antrages vor.
4. Falls der Antrag nicht genehmigt wird, werde ich zu den Gründen dafür von Beamten gehört.

Ich habe nicht gekündigt und gesagt, daß die Firma keine berechtigten Kündigungsgründe habe, die wahr seien. Die Firma hat ihre Kündigungsandrohung nicht ausgeführt.

Zu mir sickerte hinter vorgehaltener Hand durch, daß ich ein Sicherheitsrisiko für die Firma sei, da ich unter anderem Hausbesetzungen gemacht und anarchistische Umtriebe unterstützt hätte. Das ist absoluter Unsinn. Ich bin gegen derartige Aktionen.

Für mich ergeben sich aus dem Vorgang einige Fragen:

1. Stimmen die Aussagen 1., 2. und 4. der Sicherheitsabteilung?
2. Wenn ja, woher will die Personalabteilung wissen, daß mein Antrag scheitern wird?

Falls eigene Recherchen vorliegen, dürfen diese Informationen unter einem "Verschlußsachengehülte", das gegenüber dem Ministerium gilt, an alle meine Vorgesetzten und an ermächtigte Betriebsratsmitglieder weitergegeben werden?

Als Anlage übersende ich Ihnen die "Schwarzen Listen" der Nofu, auf denen ich drauf bin. Außerdem die Wahltexte meiner Grenzkandidaturen. Bemerkenswert in politischer Hinsicht scheint mir, daß die Listenbezeichnung "Gewerkschaftliche Orientierung" auch in den Nofu-Listen drin ist. Im Verteiler stehen die MdBs. Haben Sie diese Listen bekommen?

Wird die ADS vom Innenministerium immer noch als Organisation, "deren Ziel es ist, ... daß das bekämpfte politische System der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin etappenweise durch den Sozialismus sowjetkommunistischer Prägung ersetzt wird", (So ein Quatsch: Die 23 Thesen des DGB zur Hochschulpolitik als Etappe zum Sowjetkommunismus?) eingestuft oder sind die inzwischen klüger geworden?

Für eine Antwort auf meine Fragen bin ich Ihnen dankbar. Ich stehe auch gerne für weitere Auskünfte über das, was passiert ist zur Verfügung. Telefon tags: (089) 14 80 33 41, abends: (08131) 940 59.

Mit freundlichen Grüßen,

Anlage: Nofu-Liste ohne Namensverzeichnis
Wahlzeitungen der TU Berlin